

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Worte können die fehlenden Leistungen nicht ersetzen

Der Leistungsausweis der «Vaterländischen Union» fällt nach zehn Jahren Mehrheit mager aus – Vertrauensverlust durch VU-Verhalten

(G.M.) – Mit dem Beginn des Wahlkampfes für die vorgezogenen Neuwahlen fangen Bürgerinnen und Bürger auch mit Überlegungen an, was die verantwortliche Mehrheitspartei in diesem Land geleistet hat. Eine Rückschau auf gut zehn Jahre VU-Regierungsverantwortung erbringt die ernüchternde Tatsache, dass wohl in drei Wahlkämpfen viel versprochen, jedoch in den entscheidenden Fragen wenig geleistet wurde. Wortreiche Erklärungen über die zu leistende Arbeit können, so das Fazit, die fehlenden Leistungen nicht ersetzen. Und nun hat die VU durch ihr Verhalten im Fall «Staatsgerichtshof» zu einem schweren Vertrauensschwund in das oberste Gericht und in den Rechtsstaat beigetragen, ohne die geringste Bereitschaft zu zeigen, mit der Bestellung einer parlamentarischen Untersuchungskommission zur Rückgewinnung des geschwundenen Vertrauens in den Rechtsstaat beizutragen.

Einer der Schwerpunkte, auf den das VU-Wahlprogramm 1978 besonders hinarbeitete, lautete «ehrliche Information». Davon ist derzeit, wenn es um die Hintergründe der Affäre «Staatsgerichtshof» geht, nicht mehr viel zu verspüren. Vielmehr gibt das Verhalten der VU, mit ihrer starren Haltung eine Aufklärung durch eine parlamentarische Untersuchungskommission zu verhindern, den Spekulationen Vorschub, wichtige Exponenten hätten in dieser Affäre etwas zu verbergen. Solange dieser Schleier nicht gelüftet wird, bleibt an der VU und ihrem unverständlichen Verhalten der Vorwurf hängen, die Verfühlung einiger ihrer Parteigrößen verhindere die Aufklärung der seit 1984 schwebenden Affäre.

Durchschaubarer Staat?

«Wir wollen einen Staat, der durchschaubar ist» propagierte die VU vor den Wahlen 1982 und sprach sich für «eine freie, offene Information» aus. Die Durchschaubarkeit der Vorgänge im Staatsgerichtshof und um die Affäre «Staatsgerichtshof» herum lässt im Gegensatz zu diesem Versprechen schon seit längerer Zeit zu wünschen übrig. Die Verhinderung einer parlamentarischen Untersuchungskommission und die versuchte Beweisführung, dass ein Untersuchungsausschuss verfassungswidrig sei, tragen ohne Zweifel nicht dazu bei, die Transparenz in diesem Bereich zu erhöhen. Vielmehr ist der Vorwurf von Vertuschungsmanövern nicht mehr von der Hand zu weisen, obwohl die VU immer wieder betont, sie habe nichts zu verdecken.

Kritische Bürger – mündige Bürger?

«Wir wollen informierte Bürger, weil diese nicht nur interessierter sind, sondern auch kritischer». Im Gegensatz zu diesem Wahlprogramm-Punkt 1986 versucht die VU heute, die Information an die Bürgerinnen und Bürger zu verhindern, kritischen Fragen auszuweichen. Die vier von der FDP-Fraktion im Zusammenhang mit der Affäre «Staatsgerichtshof» gestellten Fragen, soviel haben die interessierten und kritischen Bürger inzwischen herausgefunden, sind nur die Spitze des Eisberges, gleichsam ein Einstieg in ein breiteres Untersuchungsverfahren, bei dem nicht nur der Präsident des Staatsgerichtshofes, sondern auch andere zentrale Figuren der VU-Mehrheitspartei eine wesentliche Rolle spielen könnten. Hat beispielsweise der Präsident des Landtags, Dr. Karlheinz Ritter, schon einmal eine Rechtfertigung darüber gegeben, weshalb der VU-Abgeordnete Seger im «fliegenden Verfahren»

ausgewechselt wurde, als es um die umstrittene Wiederwahl des Staatsgerichtshofpräsidenten ging?

Geschwundenes Vertrauen

Die wortreichen Rechtfertigungen der VU, die Ablenkungsmanöver in der Affäre «Staatsgerichtshof», die Verweigerung jeglicher Zusammenarbeit (trotz «Metanand») zur Rückgewinnung des Vertrauens in den Rechtsstaat können nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich unser Land an einem Wendepunkt befindet. Die VU verhindert den Selbstreinigungsprozess in einem demokratischen Staatswesen, zumindest zögert sie ihn aus teilweise bekannten, teilweise undurchsichtigen Motiven hinaus. Für die VU ist klar, dass der Präsident des Staatsgerichtshofes nicht mehr für eine weitere Amtsperiode gewählt werden kann, sie forderte ihn auch in aller Öffentlichkeit zum Rücktritt auf – doch eine Untersuchung der ganzen Angelegenheit will sie um keinen Preis zulassen.

Mehr Worte als Arbeit

Ein Vertrauensschwund in die Finanzpolitik der Union beginnt sich ebenfalls breit zu machen. Noch publiziert die VU nur die positiven Seiten ihrer Finanzpoli-

tik, noch stehen die Reserven, die entgegen den Prognosen der Voranschläge in den letzten Jahren dank überraschend zufließenden Erträgen geäuft werden konnten, im Vordergrund. Doch verschweigt die VU in ihren anschaulichen Graphiken, dass die in zehn Jahren aufgebauten Reserven an staatlichen Finanzen in knapp fünf Jahren wieder abgebaut werden sollen. Eine Fortführung der Tabelle gemäss der Finanzplanung der Regierung zeigt (siehe Seite 3 der heutigen Ausgabe), dass der Abbau der Reserven in der heutigen Hochkonjunktur, wenn eigentlich weitere Reserven angehäuft werden sollten, rasant vor sich geht.

Doch nicht nur die Finanzpolitik der VU ist ins Gerede gekommen, sondern auch andere Bereiche der Regierungspolitik. Wie lange wartete man, trotz periodisch wiederholten Versprechungen, auf das neue Steuergesetz? Wieviele Male wurde eine Revision des Subventionsgesetzes versprochen? Wo sind die Vorarbeiten für die Erklärung für die Position Liechtensteins angesichts des sich mit dem Binnenmarkt 1992 veränderndem Europa?

Wichtige Fragen stehen im Raum, stehen immer noch im Raum – trotz zehn Jahre VU-Regierungsverantwortung.

KOMMENTAR

Prognosen werden vor jeder Wahl gestellt, denn ein Test in Sachen Demokratie reizt auch den einfachsten Bürger. Die derzeit häufigste Prognose betrifft zweifellos die «Freie Liste» und deren Abschneiden bei diesen vorgezogenen Landtagswahlen. Da jedoch echte demokratische Untersuchungen fehlen, gleicht jede Prognose einer Spekulation. Noch einen Schritt weiter geht die «Vaterländische Union», die einerseits in ihrer Vorwärtsstrategie selbstbewusst verkündet, der Anspruch auf die Macht im Staat stehe ganz selbstverständlich der bisherigen Mehrheitspartei zu. Andererseits unterstellt die Union, dass bereits Koalitionsgeplänkel zwischen FDP und «Freie Liste» stattgefunden hätten.

«Aufgrund der politischen Konstellation und in Berücksichtigung des Ausgangs der letzten Landtagswahlen präsentiert sich die Vaterländische Union auch bei den kommenden Neuwahlen als einzige politische Kraft in unserem Land, welche

Unterstellungen

die Mehrheit der Landtagsmandate aus eigener Kraft erringen kann.» Mit dieser Unterstellung versucht die Union derzeit Stimmung im Volk zu machen, dass eine schwarz-weiße Koalition im Entstehen begriffen sei – und nur eine absolute Mehrheit der VU eine solche Allianz verhindern könne.

In den bisherigen Ortsgruppenversammlungen hat dagegen Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille unmissverständlich erklärt, dass ein Zusammengehen zwischen «Fortschrittlicher Bürgerpartei» und «Freier Liste» nicht in Frage komme. Entgegen den versteckten Äusserungen und Unterstellungen der VU haben nach seinen Angaben keine Kontakte oder Absprachen in irgendeiner Weise stattgefunden. Gleichzeitig machte er aber deutlich, dass die dritte politische Gruppierung in unserem Land ernst genommen werden müsse, doch habe sich diese Gruppierung zu bewähren, bevor sie koalitionsfähig werde.

In Verbindung mit dieser Aussage, die alle VU-Unterstellungen in dieser Richtung klar zurückweisen, gab Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille auch unzweideutig zu verstehen, dass die FDP bereit sei, die Verantwortung in unserem Staat zu übernehmen. Gerade in der heutigen Situation mit der Affäre «Staatsgerichtshof» und der Angst der VU vor der Wahrheit in dieser Angelegenheit sowie der Finanzpolitik der VU, die bis Ende der Planungsperiode 1993 mit einer ungedeckten Schuld in Millionenhöhe rechnet, ist die klare, gradlinige, ehrliche und saubere Politik der FDP, verbunden mit ihren Zukunftsperspektiven, nicht nur eine Alternative, sondern auch der richtige liechtensteinische Weg in die Zukunft, wie er von den Bürgerinnen und Bürgern gefordert und erwartet wird. (G.M.)

VU will erneut Verwirrung stiften



Der VU ist gegenwärtig offenbar jedes Mittel recht, um ihren Standpunkt in Sachen Untersuchungskommission zu stützen. Sie versucht in der Bevölkerung Verwirrung zu stiften und den Eindruck zu erwecken, als ob die Bestellung einer parlamentarischen Untersuchungskommission in der Angelegenheit «Bericht des Staatsgerichtshofpräsidenten» verfassungswidrig sei. In der gestrigen Ausgabe des «Liechtensteiner Vaterland» hat sie den früheren FDP-Regierungschef Dr. Gerard Batliner als Kronzeugen zur Stützung ihrer Auffassung erhoben. Ich möchte dazu folgendes festhalten:

1. Es ist klar und für mich eine Selbstverständlichkeit, dass parlamentarische Untersuchungskommissionen im Bereich der Justizverwaltung verfassungsrechtlich zuständig sind.
2. Diese Auffassung vertritt auch Regierungsrat Dr. Peter Wolf in seinem Beitrag «Untersuchungskommission: So ist die Rechtslage im «Liechtensteiner Vaterland».
3. Der Regierungsbericht aus dem Jahre 1968, den das «Liechtensteiner Vaterland» zitiert, befasst sich nicht mit der Zulässigkeit von Untersuchungskommissionen im Bereich der Gerichtsbarkeit und kann daher nicht zur Unterstützung des VU-Standpunktes herangezogen werden.

Ich finde es, auch in einem Wahlkampf, unverständlich, wenn auf diese Art versucht wird, Bürgerinnen und Bürger zu verwirren. Dr. Gerard Batliner wird sich – wie er mir erklärte – in den nächsten Tagen persönlich zum «Vaterland»-Beitrag äussern.

FBP-Position zur «Freien Liste»

Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille nimmt Stellung

Eine Frage beschäftigt derzeit viele Bürgerinnen und Bürger: Wie verhalten sich die Parteien FBP und VU zur «Freien Liste»? An den bisherigen Ortsgruppenversammlungen in Schaan und Ruggell wurde Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille ebenfalls mit dieser Frage konfrontiert. Seine Antwort lautete, für ihn komme eine Koalition mit der «Freien Liste» nicht in Frage.

Da die «Freie Liste» bei den Landtagswahlen von 1986 insgesamt gut 7 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte, den Sprung über die Sperrklausel von 8 Prozent der im ganzen Land gültig abgegebenen Stimmen aber nicht schaffte, werden gegenwärtig Prognosen angestellt, ob die «Freie Liste» diesmal diese Sperrklausel überwinden und den Einzug in den Landtag schaffen könne.

Verschiedene Fragen sind in dieser Richtung noch offen, insbesondere was bei einem Mandatsverhältnis von 12:12:1 passieren würde. Sind neue Formen der Koalition in Sicht? Können die Vertreter der «Freien Liste» das berühmte Zünglein an der Waage spielen?

Unter Bezugnahme auf das «Liechtensteiner Vaterland», das mit der Un-

terstellung operiert hatte, Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille strebe mit der «Freien Liste» unbedingt die Mehrheit an, gab er an den Ortsgruppenversammlungen folgende Erklärung ab:

«Ich bin überrascht, dass die VU die Gruppierung der «Freien Liste» schon im Landtag sieht und sie zu einer regierungsfähigen Partei stempelt. Für mich jedenfalls und für die FBP kommt eine Regierungskoalition mit der «Freien Liste» nicht in Frage. Sie gibt für eine Regierungszusammenarbeit keine tragfähige Basis ab. Die «Freie Liste» muss sich zuerst zu einer Partei finden und sich bewähren. Im übrigen gehe ich davon aus und bin zuversichtlich, dass die Bürgerin und der Bürger uns eine genügende Stärke gibt, die Regierungsverantwortung zu übernehmen.»

Modernste Lehrpläne, neue Bildungsangebote

Pressekonferenz der Liechtensteinischen Ingenieurschule aus Anlass der heute stattfindenden Diplomfeier

Die 1961 gegründete Liechtensteinische Ingenieurschule (LIS) hat als überregionale Ausbildungsstätte in den letzten Jahren einen grossen Aufschwung erfahren: Modernste Lehrpläne, neue Bildungsangebote wie Nachdiplomstudien, Vorträge, Kurse und Seminare machen die LIS heute zu einem bedeutenden und kompetenten Partner für die technische Aus- und Weiterbildung sowie für effizienten Technologietransfer. Dies kam

auch an der gestrigen Pressekonferenz erneut zum Ausdruck, an der einerseits die Schule und ihre neuen Pläne, andererseits die teils zukunftsorientierten Diplomarbeiten von zehn Studenten vorgestellt wurden, die heute Samstag vormittag in der Aula des Schulzentrums Mühleholz in Vaduz ihre Zeugnisse und Diplome ausgehändigt bekommen.

Der Präsident des Technikrates, Regierungschef Hans Brunhart, verwies gestern vor zahlreich erschienener Presse in seiner kurzen Begrüssung vor allem auf die gesamtbildungspolitische Bedeutung der Liechtensteinischen Ingenieurschule, die in einer wichtigen Phase ihrer Entwicklung stecke. Unser Land könne sich glücklich schätzen, mit der LIS und dem benachbarten Neutechnikum Buchs über zwei so hochqualifizierte Schulen auf engem Raum zu verfügen, nachdem die Bedeutung der technischen Ausbildung in unserer Gesellschaft in jüngerer Zeit sehr stark gewachsen sei. Mit der Schaffung neuer Räumlichkeiten (der Neubau im Schulzentrum Mühleholz soll im Jahre 1990 vollendet sein) könne der Schule

mehr Spielraum und damit mehr Selbstständigkeit gegeben werden, betonte der Regierungschef.

Überregionale Bedeutung

Seit Bestehen dieser staatlich anerkannten und von Staat und Wirtschaft getragenen Ingenieurschule haben über

(Fortsetzung auf Seite 2)

DAS IST EINE KLARE SACHE



federer

BRILLEN UND KONTAKTLINSEN
GRÜNAUSTR. 1, 9470 BUCHS, TEL. 085/62818

Schöner arbeiten mit LISTA

Center

A. BECK AKTIEGENOSSENSCHAFT
NEUBAU, FL. 8488 TRIEBEN
TELEFON 075/2 93 77

Schaan: Eine Reihe von Hochbauprojekten

Gemeindefbudget unter der Lupe

Mit einer ganzen Reihe von Hochbauprojekten befasst sich derzeit die Schaaner Gemeindebehörde. Wie Vorsteher Lorenz Schierscher im Rahmen der VOLKSBLATT-Serie «Gemeindefbudgets unter der Lupe» ausführte, sind dafür im Voranschlag 1989 insgesamt 3,8 Millionen Franken vorgesehen. Dabei zu nennen sind etwa die Sanierung des alten Rathausaales, die Errichtung einer Industrie-Halle, der Neubau «Oberpass 14» sowie der Bau einer Tiefgeschoss-Ebene in der auf dem Areal des sogenannten LKW-Parkplatzes von privater Seite geplanten Geschäftshaus-Überbauung. Neben der Renovation des Pfarrhauses und dem TaK-Anbau ebenfalls zur Diskussion steht die Frage eines Ausbaus der Primarschule Resch oder andersfalls die Errichtung eines zweiten Primarschulgebäudes.

(Die Sonderseite zum Budget 1989 der Gemeinde Schaan finden Sie im Inland-Teil der vorliegenden Ausgabe.)